

GBA Ursulinen Innsbruck
Fürstenweg 86
6020 Innsbruck

Innsbruck, am 19. Sept. 2013

An die Parlamentsdirektion

begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Betreff: Stellungnahme zur Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst

Sehr geehrte Damen und Herren

In offener Frist übermitteln wir unsere Stellungnahme zum gegenständlichen Entwurf.

Der in die Begutachtung versandte Entwurf für ein „Lehrerdienstrecht neu“, der ohne vorherige sozialpartnerschaftliche Einigung, ein Novum in der Zweiten Republik, eingebracht wurde, ist unzumutbar!

Er bedeutet für JunglehrerInnen:

Eine Erhöhung der Arbeitszeit, je nach Schultyp, um bis zu 40% . Die Qualität der Vorbereitung und des Unterrichts kann unter diesen Umständen nicht gehalten werden.

Finanzielle Einbußen im Laufe eines Berufslebens von bis zu einer halben Million Euro. Ein überwiegender Anteil der Lehrkräfte ist weiblich. Ist das der Grund, warum man so darüberfährt?

Einsatz in jedem Schultyp und jedem Fach ist möglich. Fachlich nicht qualifizierte Lehrkräfte drücken weiter die Qualität.

Mit einem Bachelor kann man in jedem Schultyp angestellt werden, aber nicht in jedem unterrichten. Den Master-Titel muss man nebenher erwerben, neben dem enormen Unterrichtspensum, da man sonst jederzeit gekündigt werden kann.

Für die Schulen bedeutet das:

Eine Niveausenkung in den Gymnasien und berufsbildenden Schulen durch schlechter ausgebildete LehrerInnen.

Mehr Klassen für eine Lehrkraft bedeutet auch weniger Zeit für die einzelne SchülerIn, individuelles Eingehen schwieriger.

Der Entwurf ist mit einem qualitativ hochwertigen Schulwesen unvereinbar, ein gewaltiges Sparpaket auf den Schultern unserer JunglehrerInnen. So wird die Zukunft unserer Schulen nicht gelingen.

Mit der Bitte um Berücksichtigung und freundlichen Grüßen,

die KollegInnen der Schule der Ursulinen Innsbruck, GBA Obmann Mag. Alois Baumgartner